

## Interview

# „Der ReNo-Beruf wird als Chance gesehen“



In Frankfurt am Main liegt die Hans-Böckler-Schule, eine Berufsschule mit knapp 1.000 Schülerinnen und Schülern. Hier findet die schulische Ausbildung für die Berufsbilder Fachangestellte für Bürokommunikation, Justizfachangestellte, Steuerfachangestellte, Verwaltungsfachangestellte und natürlich für die Rechtsberufe statt. Rund 30 Lehrer/innen sowie Sozialpädagogen/-pädagoginnen gestalten den Unterricht, betreuen und beraten ihre Schützlinge. Einer davon ist Peter Schön, der sich im nachfolgenden Interview genauer zu dem Berufsbild der des Kanzleipersonals äußert.

Von Christian Noe, Rechtsanwaltsfachangestellter, Gelsenkirchen

■ Dipl.-Hdl. Peter Schön ist seit 1986 an der Frankfurter Hans-Böckler-Schule tätig, an der er die dortigen ReNo-Klassen in den Fächern Rechts- und Fachkunde unterrichtet. Schön ist darüber hinaus Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft der hessischen Berufsschulen und Mitglied des Berufsbildungsausschusses. Seine rund 25-jährige Lehrtätigkeit und seine Aufgaben in Arbeitsgemeinschaften und Ausschüssen ermöglichen es ihm, Perspektiven, Chancen und die künftigen Herausforderungen einschätzen zu können, die den Beruf der Rechtsanwaltsfachangestellten kennzeichnen. Nicht zuletzt die Tatsache, dass Schön in Frankfurt tätig ist, der Kernstadt des zweitgrößten deutschen Ballungsraums und Sitz vieler in- und ausländischer Wirtschafts- und Industrieverbände, konfrontiert ihn auch mit den Anforderungen seitens der Wirtschaft, denen sich die ReNos gegenübersehen. Denn viele von ihnen werden

nach ihrer Ausbildung bei Banken, Versicherungen oder Behörden tätig sein, und dafür ist ein umfassendes Kenntnisspektrum unabdingbar.

? *Ausbilder und Anwaltskanzleien beklagen vermehrt Mängel und Ausbildungsreife der angehenden Auszubildenden. Eine unberechtigte Klage oder spiegelt sich diese Einschätzung auch in Ihrem Berufs-schulalltag wider?*

Von **Mängeln und fehlender Reife** kann generell nicht die Rede sein. Es geht darum, dass sich – wie überall in der Welt – die Fähigkeiten der Jugendlichen verändern. Viele der Berufstarter besitzen heute umfangreiche Kenntnisse, was EDV-Programme und den Umgang mit dem Internet angeht. Englisch- sowie weitere Fremdsprachen- oder muttersprachliche Kenntnisse kommen auch nicht selten hinzu. Diese Fertigkeiten mussten früher erst im Berufsleben erworben werden.

Sicherlich richtig ist aber auch, dass andere Kenntnisse und Fähigkeiten wie z. B. das **Leseverständnis geringer geworden** sind. Das macht sich in Schule und Kanzlei natürlich besonders bemerkbar, weil die Schülerinnen und Schüler hier fortlaufend mit komplexen Gesetzestexten konfrontiert sind, die sie interpretieren und auf konkrete Rechtsfragen anwenden müssen.

? *Welche persönlichen Voraussetzungen und welchen Kenntnisstand sollten Berufsstarter/innen zwingend mitbringen?*

Ein gutes Leseverständnis und **Grundkenntnisse der deutschen Sprache** sind nach wie vor wichtige Voraussetzungen für diesen Ausbildungsberuf. Spaß am Umgang mit Menschen, die Arbeit im Team und die Fähigkeit, Problemlösungen selbst zu erarbeiten, halte ich für ganz wichtig.

? *Mit welcher Erwartungshaltung stehen die Schüler/innen ihrer Ausbildung gegenüber? Sehen sie ihren gewählten Ausbildungsberuf als langfristige Perspektive oder sind vereinzelt schon im ersten oder zweiten Ausbildungsjahr Bedenken zu hören, nach Abschluss der Ausbildung nicht die erhofften Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben?*

Viele der jungen Frauen unter den Auszubildenden, die diesen Beruf erlernen, tun dies mit entsprechenden Perspektiven, sowohl was die privaten als auch die beruflichen Planungen betrifft. Es ist festzustellen, dass der Ausbildungsberuf – auch aus Sicht der Auszubildenden – in vielerlei Hinsicht als Chance gesehen wird.

Man kann durchaus ein **Studium oder andere Weiterbildungen** anschließen, um sich beruflich zu qua-

lizieren und langfristig in einer Kanzlei arbeiten zu können.

Auch nach einer Unterbrechung, wie aus familiären Gründen z. B., lässt sich wieder in den Beruf einsteigen. Die Möglichkeiten im Rahmen von **Teilzeitbeschäftigungen** haben in den letzten Jahren außerordentlich stark zugenommen.

? *Die Überlegungen zu einem neuen Ausbildungsberuf des Legal Assistant scheinen ad acta gelegt. Gleichzeitig laufen die Vorbereitungen für eine Neuordnung der ReNoPat und damit auch der schulischen Ausbildung. Was sind zentrale Elemente im Lehrplan, die einer Überarbeitung bedürfen bzw. neu aufgenommen werden sollten?*

Zunächst muss festgehalten werden, dass die insgesamt vier in der derzeitigen Ausbildungsordnung geregelten Berufsbilder in vielen Regionen und Kanzleien angeboten werden und weiterhin ausgebildet werden sollen. Für eine entsprechende Anzahl von Ausbildungsbetrieben würde sich die Frage einer Überarbeitung sicherlich gar nicht stellen. Und dennoch: Eine Novellierung der Verordnung kann nur zum Teil den Veränderungen in den Anwalts- und Notariatskanzleien Rechnung tragen. Anpassungen im Rahmen der Europäisierung oder der Veränderungen in verschiedenen Rechtsbereichen, der Anwendung von EDV-Systemen etc. lassen sich sicher von den jeweiligen Experten-Gruppen, die bei einer Novellierung eingesetzt werden, einarbeiten.

? *Hier ist allerdings auch die Ausbildungsbereitschaft ein entscheidender Faktor.*

Richtig, problematischer scheint mir die Tatsache zu sein, die wir in Frankfurt, also einem europäischen Finanz-, Messe- und Dienstleistungszentrum, sowie in anderen Wirtschaftszentren der Republik beobachten: Immer mehr Kanzleien, die in der Regel wirtschaftsberatend tätig sind, bilden nur noch in sehr geringen Maße oder gar nicht mehr aus. Dies hat mit einer Verlagerung der Aufgaben und Tätigkeiten in den Kanzleien zu tun, die mittlerweile in großen Teilen weit weg von der Ausbildungsverordnung gerückt sind. **Viele der Ausbildungsinhalte sind in diesen Kanzleien nicht mehr zu vermitteln, da sie dort in der Praxis gar nicht mehr vorkommen.** Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort müssen heute vielfach andere Kenntnisse und Fertigkeiten besitzen.

Vielleicht wäre eine Erweiterung oder Ergänzung der bestehenden Verordnung – ohne damit die bestehenden Berufsbilder zu verändern – eine Lösung dieses Problems. Sicherlich wird dadurch auch eine Großzahl von Ausbildungsplätzen geschaffen. Dabei ist das duale System nach wie vor Favorit: Der Wunsch vieler Frankfurter Großkanzleien tendiert weiterhin ganz klar zu einer Ausbildung im Rahmen des dualen Systems und gegen alle anderen Vorschläge wie Fort- und Weiterbildung, Zusatzqualifikation etc.

? *Sie sind Angehöriger des Prüfungsausschusses. Oft gewinnt man den Eindruck, als würden sich notwendige Neuerungen in Ausbildungslehrplänen nur verzögert vollziehen. Ein berechtigter Einwand oder lassen die zur Verwaltung gehörenden Notwendigkeiten einfach keine schnellere Umsetzung zu?*



#### Hinweis

Mit dem Begriff „social media“ bezeichnet man Plattformen und Netzwerke (social networks) bzw. Gruppen oder Gemeinschaften, die sich im Internet bilden und Nachrichten, Links etc. untereinander austauschen. Populäre Beispiele hierfür sind Twitter oder Facebook. Berufstätige und Arbeitgeber besuchen dabei insbesondere spezielle Netzwerke wie LinkedIn oder XING, in denen Stellensuchende in ihrem Profil Angaben zum beruflichen Werdegang und ihren Qualifikationen machen können, während Unternehmen häufig ihre Jobangebote in diesen Netzwerken publizieren. Auf XING z. B. findet sich eine Vielzahl von Gruppen, die sich gezielt an Juristen oder das Kanzleipersonal richtet. Auf diesen Seiten finden sich dann Stellenangebote und viele Threads [Folge von Diskussionsbeiträgen z. B. in einem Forum] mit Themenbereichen wie Kanzleiorganisation, Dokumentenverwaltung, Anwaltssoftware usw.

Sicherlich ist es die ReNoPat-AV betreffend etwas aufwändiger, da allein drei Ministerien beteiligt sind. Aber wie immer: Wenn man zu einem Sachverhalt große Beteiligungsverfahren für sinnvoll hält, braucht dies Zeit. Wünschen würde ich mir aber, dass die Gremien von der Anzahl ihrer Mitglieder knapper besetzt wären, damit in den jeweiligen Gruppen effektiver gearbeitet werden kann. Aufgabe der Mitglieder muss es dann sein, für die entsprechende Information derer zu sorgen, die sie jeweils vertreten.

? Welche Rolle spielen neue Medien und EDV-Anwendungen an Ihrer Berufsschule?

Eine der heutigen Zeit angemessene Rolle. Wir unterrichten MS-Office, RA-Micro und selbstverständlich müssen die Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Aufgabenstellungen aus dem Unterricht Recherchen im Internet vornehmen, Präsentationen erarbeiten, Handouts [ausgeteilte Handzettel mit Informationen zu einem Vortrag/Referat o. Ä.] erstellen etc. Ansonsten ist es sicherlich auch sinnvoll, dass sich auch ReNos mit den **Möglichkeiten der so genannten social media** auseinandersetzen. Stellenangebote sind immer häufiger online bzw. in entsprechenden Netzwerken zu finden, wo auch Personaler oder qualifizierte Kräfte Kontakte knüpfen. Dies ist mittlerweile eine etablierte Sache geworden und hiermit sollte man sich zumindest vertraut machen und prüfen, ob man diese Möglichkeiten angemessen nutzen sollte.

? Findet in den Klassen eine besondere Schulung für eine routinierte Internetnutzung statt? Bieten Sie hier ggf. besondere oder ergänzende freiwillige Arbeitsgruppen an?

Die Kenntnisse der Auszubildenden dazu sind vorhanden. Notwendig ist es, dass die Kanzleien dem für den jeweiligen Arbeitsbereich notwendigen Einsatz entsprechend schulen. Ich denke dabei an besondere Internet-Zugriffe z. B. für die Patentanwalts- und Notarfachangestellten.

? Englischunterricht in Form von Business oder Legal English ist ja häufig noch ein Stiefkind in der schulischen Ausbildung. Gibt es diesbezüglich hierzu an Ihrer Schule Angebote und welche Kenntnisse werden dabei vermittelt?

Wir haben es an der Hans-Böckler-Schule aufgrund der Zugänge an guten Lehrerinnen und Lehrern in den letzten Jahren geschafft, einen **durchgängigen Legal English-Unterricht für vier Halbjahre** anzubieten. Die sprachlichen Kenntnisse werden mit **Studienfahrten** nach Dublin/Irland und durch ein **Schüleraustausch-**Programm mit einem Technical College in Wisconsin/USA begleitet. Jährlich werden im Rahmen der KMK-Fremdsprachenzertifizierung [KMK = Kultusministerkonferenz] Prüfungen in Englisch durchgeführt.

? Welche Erfahrungen machen die Schüler, die an dem US-Programm teilnehmen?

Es handelt sich dabei um ein echtes Austauschprogramm, d. h. im Herbst fahren fünf bis sechs Schüler/innen unserer Schule und eine Lehrkraft nach **Wisconsin** und werden dort am **Waukesha County Technical College, Peewauke**, betreut. Das Programm dort besteht aus Besuchen in Kursen am College (vor allem Ökonomie, Recht und Steuern), Besuch verschiedener Fir-

men und Hospitationen in Kanzleien, Ämtern o. Ä. Im Mai kommen dann die amerikanischen Gäste zu uns, wobei das Programm hier – neben der Teilnahme am Unterricht und dem Besuch in Anwaltskanzleien – vor allem kulturelle Aspekte enthält.

Die Gäste leben jeweils für zwei bis drei Wochen in Gastfamilien, um einerseits die Sprachkenntnisse zu vertiefen, auf der anderen Seite aber auch etwas von „Leben im anderen Land“ mitzubekommen. Die Sprachkenntnisse unsere Schülerinnen entwickeln sich, trotz der kurzen Zeit, unglaublich gut. Sie sind „gezwungen“, den gesamten Tag Englisch zu sprechen. Wichtig ist es für unsere Schülerinnen aber, in dieser und der Zeit des Gegenbesuchs **Kontakte zu Familien zu knüpfen**, um weitere Begegnungen zu planen. Ferienaufenthalte – in einem Fall sogar ein Auslandsjahr – sind positive Ergebnisse dieser Kontakte. Dank der neuen Medien ist es für die jungen Menschen natürlich selbstverständlich geworden, über die entsprechenden Netzwerke im Internet problemlos in Kontakt zu bleiben. [Im Internet gibt es auch Informationen zu dem Programm: [www.wisconsin.hessen.de](http://www.wisconsin.hessen.de)]

? *Und wie sieht es bei den Besuchen in der irischen Hauptstadt aus?*

Der **einwöchige Dublin-Aufenthalt** ist etwas anders angelegt: Unsere Schule bietet Schülerinnen die Fahrt an, wenn sie gewisse Voraussetzungen erfüllen. Die wesentliche Voraussetzung ist, dass sich die Schülerinnen selbstständig einen Praktikumsplatz für ein bis zwei Tage in einer Anwaltskanzlei suchen. So werden sie sprachlich schon weit

vor dem Aufenthalt gefordert und von den Englischlehrerinnen und -lehrern dabei unterstützt. Wer aus der eigenen Kanzlei keine Kontakte nach Irland hat, kann sich auch der Hilfe der Rechtsanwaltskammer Frankfurt bedienen, die uns sehr gut bei diesen Kontakten unterstützt. Kultur und Sprache stehen ganz klar im Vordergrund dieser Reisen. Private Kontakte, wie in Wisconsin, sind eher zufällig und resultieren aus den Besuchen in den Kanzleien.

? *Kehren viele ausgebildete Kräfte nach ihrer Ausbildung der Anwaltskanzlei den Rücken und suchen verstärkt Jobs bei Banken, Versicherungen oder Wirtschaftsverbänden?*

Generell bestätigen kann ich das nicht, zumal mir keine Zahlen vorliegen, wie „viele“ tatsächlich zu den genannten anderen Arbeitgebern abwandern. In der Tat ist es aber so, dass gerade im Rhein-Main-Gebiet Banken, Versicherungen, Inkassobüros oder Rechtsabteilungen anderer großer Betriebe potenzielle Arbeitgeber für die ReFas sind. Was die Banken angeht: In Frankfurt werden allein über 20 % der deutschen Bankgeschäfte abgewickelt. Die Europäische Zentralbank hat hier ebenso ihren Sitz wie viele Bundesbehörden, die mitunter ReNos einstellen.

? *Können Sie von Fachkräften aus dem Frankfurter Raum berichten, die sich aus ihrem Beruf heraus selbstständig gemacht haben?*

Ich persönlich kenne drei ReNos, die sich selbstständig gemacht haben. Zwei davon arbeiten freiberuflich in verschiedenen Kanzleien, eine Frau hat eine private Personalvermittlung gegründet. Sicherlich bietet die Ausbildung eine **gute Startposition**

**für eine Selbstständigkeit**, da man viele rechtliche Grundlagen beherrscht und im Rahmen seiner Tätigkeit, welche das dann auch immer sei, auf das eigene juristische Fachwissen zurückgreifen kann. Viele andere Selbstständige müssen sich das nachträglich aneignen oder sich beraten lassen. Da haben die ReNos natürlich einen großen Vorteil.

? *Die Gehälter von ReFas und Kanzleiangestellten sind in den vergangenen Jahren oft kritisiert worden. Wäre mitunter eine selbstkritische Haltung der Anwaltschaft nötig, die auf ein qualifiziertes Personal zurückgreifen möchte, das sowohl in der Ausbildung als auch im späteren Berufsleben angemessen entlohnt werden möchte?*

Hierzu kann ich wenig sagen, denn sowohl bei den **Ausbildungsvergütungen** als auch bei den **Gehältern** gibt es in Frankfurt eine riesige Spanne zwischen dem, was der Einzelanwalt/die Einzelanwältin zahlt oder zahlen kann, und dem, was die Großkanzleien zu zahlen im Stande sind. Ich glaube nicht, dass ich mit einer Kritik daran hilfreich sein kann. Wichtiger finde ich es, den Ausbildungs- oder Arbeitsplatz in einer Kanzlei insgesamt zu betrachten. Dazu gehören für die jungen Frauen z. B. wichtige Merkmale wie Arbeitszeiten, Möglichkeiten der Teilzeitarbeit, Gestaltung des Arbeitsplatzes, individuelle Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten und Optionen für ein selbstständiges Arbeiten.